

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.03.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Steuerskandal Klimastiftung: Was wusste Schwesig?</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.03.2023</i> .....	3
2   <b>Wie im schlechten Mafiafilm</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 01.03.2023</i> .....	4
3   <b>Widerspruch gegen LNG-Terminal</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 01.03.2023</i> .....	5
4   <b>Roststellen in Feststofflager des AKW Brunsbüttel entdeckt</b> <i>stern.de, 28.02.2023</i> .....	6

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.03.2023 | S. 1

 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

## „KAMIN“-GATE

# Steuerskandal Klimastiftung: Was wusste Schwesig?

## Opposition sieht die politische Verantwortung bei der Ministerpräsidentin

Es sollte ein Befreiungsschlag sein und wurde zum Bumerang: Finanzminister Heiko Geue (SPD) hat am Dienstag in Schwerin Details zum Steuerskandal rund um die Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV offenbart. Er schilderte, wie es zur Aneinanderreihung von Pannen im Verfahren um Schenkungssteuer und die Vernichtung von Akten kam. Bei einer Frage blieb er verschlossen: Wann wusste Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) was über den Skandal? Damit gerät Schwesig selbst unter Druck.

Da die Stiftung um Vorstandschef und Ex-Ministerpräsident Erwin Sellering wenige Stunden vorher das Steuergeheimnis freigab, konnte Geue auspacken. „Das hätte ich gern viel früher getan“, erklärte er.

Hintergrund: Die Stiftung erhielt 2021 insgesamt 20 Millionen Euro - russisches Geld - von Nord Stream 2, im Gegenzug stellte sie die von Sanktionen bedrohte Erdgaspipeline durch die Ostsee fertig. 9,8 Millionen Schenkungssteuer sollen davon an das Land fließen, weil die Stiftung nicht nachweisen konnte, für welche Zwecke das Geld gedacht sei, so Geue. Haken: Die Stiftung habe die Unterlagen beim falschen Finanzamt - Rostock statt Ribnitz-Damgarten - eingereicht, zudem seien diese falsch abgeheftet worden.

Später habe eine Beamtin die Steuererklärung verbrannt. Ein Disziplinarverfahren laufe. Kopien der Unterlagen seien vorhanden. Er selbst habe Ende April 2022 von den Vorgängen erfahren. „Es hat zu keinem Zeitpunkt politischen Einfluss auf das Steuerverfahren

gegeben“, so der Minister.

Ob Schwesig Kenntnis von der Schenkungssteuer hatte? Das wolle er nicht beantworten.

Als „abenteuerlich“ stuft Franz-Robert Liskow, CDU-Fraktionschef im Landtag, Geues Auftritt ein. Constanze Oehlrich (Grüne) moniert: Der Minister hätte eine Straftat wie das Verbrennen von Akten nicht hinter dem Steuergeheimnis verstecken dürfen.

Am Mittwoch ist der Stiftungsskandal Thema im Bundestag. Philipp Amthor (CDU) sieht die politische Verantwortung bei Schwesig. Sie habe „die Kraft verloren, diese Vorgänge aus eigener Kraft aufzuarbeiten“. Dies schade dem Bundesland massiv. Hagen Reinhold (FDP) erklärt: „Es ist unglaublich, dass die Staatskanzlei bei solch dubiosen Steuer-Vorgängen keine Kenntnis hatte.“

Schwesig selbst hat meist geschwiegen. Was wusste sie selbst über die vernichtete Akte? Trägt sie Verantwortung? Auf eine erneute OZ-Anfrage antwortet ihr Sprecher: Schwesig mische sich grundsätzlich nicht in Steuerprüfungen ein. Sie habe stets im Interesse des Landes gehandelt.

Schwesig sei beschädigt, heißt es unter der Hand, selbst in der SPD. Das Thema Stiftung sei für die Partei, für das Land „eine Katastrophe“, so ein einflussreicher Genosse. Für höhere Ämter auf Bundesebene sei Schwesig „völlig verbrannt“. Andere SPD-Leute verteidigen Schwesig. Tenor: Die Basis in MV stehe zur Chefin. „Wir haben schließlich diese Stiftung gewollt.“

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 01.03.2023 | S. 03-SEITE 3

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

👤 Katharina Golze

## STIMMEN AUS DEM BUNDESTAG

# Wie im schlechten Mafiafilm

## MV-Abgeordnete nehmen zur Klimastiftung MV im Bundestag Stellung

FDP-Mann Hagen Reinhold machte sich als Erster Luft. „Der Aufklärungsbedarf ist so hoch, dass ein Bauernopfer diesmal nicht reichen wird“, twitterte der Bundestagsabgeordnete aus Barth, nachdem bekannt wurde, dass die CDU-Fraktion eine Aktuelle Stunde zur Klimastiftung MV im Bundestag beantragen werde. Heute wird also Philipp Amthor (CDU) am Rednerpult stehen und Schwesig (SPD) zur Stellungnahme auf Bundesebene auffordern, denn in der aktuellen Stunde wird es um sie gehen – konkret die „Aufklärung der Rolle von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Rahmen der Vorgänge um die Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern“.

Er wird nicht der einzige Bundestagsabgeordnete aus MV sein, der sich äußern will. Auch Hagen Reinhold (FDP), Leif-Erik Holm (AfD) und wahrscheinlich Dietmar Bartsch (Linke) werden für ihre Fraktion sprechen, heißt es aus deren Bundestagsbüros. Hagen Reinhold kritisiert bereits: „Es ist unglaubwürdig, dass die Staatskanzlei bei solch dubiosen Steuer-Vorgängen keine Kenntnis hatte.“ Den Verlauf der Klimastiftung und seiner politischen Verstrickungen vergleicht er mit einem schlechten Mafiafilm. Er fordert „einen unabhängigen Sonderermittler.“ Reinhold: „Alle Russland-Connections haben untersucht und schonungslos offen gelegt zu werden.“ Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit in die Regierung in MV sei „irreparabel beschädigt“.

Aufklärung will auch Erik von Malottki (SPD). Daher wird er heute als einer von dreien der SPD-Fraktion sprechen. „Ich möchte mich vor die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stellen“, sagt er. Bei der Klimastiftung MV seien keine Hinweise auf Korruption bekannt. „Aus meiner Sicht ist Manuela Schwesig eine extrem integre Person“, so Malottki. Sie habe versucht umzusetzen, was auf Bundesebene gewollt war. Zu konstruieren, die Ministerpräsidentin habe etwas mit den Vorfällen zu tun, sei unter der Gürtellinie. „Ich habe den Eindruck, dass Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene durch den Dreck gezogen werden soll.“ Doch er vertraue auf den Untersuchungsausschuss und die MV-Behörden.

Leif-Erik Holm, AfD-Landessprecher, Vize-Bundestagsfraktionsvorsitzender und derzeit Schweriner OB-Kandidat, sorgt sich ebenso um den Ruf des Landes: „Es geht hier längst nicht mehr nur um das Kabinett Schwesigs und die Klimastiftung, sondern um den Ruf Mecklenburg-Vorpommerns. Wir sind doch kein Klügel-Sumpf!“ Jetzt müsse jeglicher Verdacht zügig, auch mithilfe des Untersuchungsausschusses, unzweifelhaft ausgeräumt werden.

Claudia Müller, einzige MV-Bundestagsabgeordnete der Grünen, verweist aber auch auf die CDU: „Auch CDU-Wirtschafts- und Energiepolitiker im Bund hatten Nordstream 2 immer mit vorangetrieben.“

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 01.03.2023 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

## Widerspruch gegen LNG-Terminal

**Lubmin/Berlin.** Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) geht gegen den Betrieb eines Terminalschiffs für Flüssiggas (LNG) im Hafen von Lubmin vor. Der Verein legte Widerspruch beim zuständigen Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern ein. Die Genehmigung sei rechtswidrig erteilt worden, wesentliche Projektbestandteile seien nicht auf ihre Umweltfolgen geprüft worden, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Es würden alle Rechtsmittel ausgeschöpft, „um die Ostsee zu schützen und die Terminals in Lubmin und vor Rügen zu stoppen“.

Die Landesverbände von BUND und Nabu sowie WWF und DUH haben sich auf eine enge Zusammenarbeit bei ihrem Widerstand gegen LNG-Pläne im Nordosten verständigt. Das neue Bündnis fordert insbesondere einen Stopp der Planungen für ein Importtermi-

nal vor der Küste Rügens sowie für den Bau einer neuen Offshore-Pipeline durch den ökologisch hochsensiblen Greifswalder Bodden. „Die Wahl des Standortes vor Rügen innerhalb sensibler Schutzgebiete offenbart wieder einmal die Ignoranz der Politik gegenüber der ökologischen Belastungsgrenze der Ostsee“, sagte die Geschäftsführerin des Nabu Mecklenburg-Vorpommern, Rica Münchberger.

Der Bau der LNG-Terminals in der Ostsee zementiere die Nutzung fossiler Energieträger. „Die Blitzgenehmigung für das schwimmende LNG-Terminal im Lubminer Hafen nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz gefährdet Natur und Umwelt“, sagte die Geschäftsführerin des BUND, Corinna Cwielag. Die Auflagen der Genehmigung seien unzureichend, um Schäden für den empfindlichen Greifswalder Bodden zu vermeiden. *dpa*



 stern.de | 28.02.2023

 dpa

 WEBLINK

## KEINE STRAHLUNG AUSGETRETEN

# Roststellen in Feststofflager des AKW Brunsbüttel entdeckt

An mehreren Aufbewahrungsbehältern für radioaktive Abfälle im Feststofflager des stillgelegten AKW Brunsbüttel haben Experten Roststellen entdeckt. Radioaktive Stoffe seien aus den sogenannten Presstrommeln nicht ausgetreten, teilte das schleswig-holsteinische Umweltministerium am Dienstag mit. Bei Kontaminationsmessungen seien keine Auffälligkeiten festgestellt worden.

Nach Angaben des Betreibers Vattenfall dienen Presstrommeln dazu, das Volumen der beim Abbau der Anlage entstehenden Abfälle zu reduzieren. Während des Pressvorgangs würden die Trommeln zerstört.

Laut Umweltministerium wurden bei Inspektionen neben oberflächlichen Roststellen an zwei der Presstrommeln jeweils zwei wanddurchdringende Korrosionen mit einem Durchmesser von 1 bis 2 Millimeter entdeckt. Eine dritte Presstrommel wies auf einer Länge von 16 Zentimetern einen wanddurchdringenden Riss auf. Die Trommeln befanden sich in einem Sperrbereich.

Seit 2019 wird das AKW Brunsbüttel zurückgebaut. Der Siedewasserreaktor an der Elbe war 1976 ans Netz gegangen. Seit 2007 ist das Kraftwerk nach mehreren Pannen dauerhaft abgeschaltet. Nach der Fukushima-Katastrophe 2011 wurde es endgültig stillgelegt.